

## Die Politik geht der AfD auf den Leim

Abschiebungen: „Streit über Asylplan“, FR-Tagesthema vom 13.9., und „Die Agenda der Union“, FR-Meinung vom 5.9.

### Diese jungen Menschen sind eine Aufgabe für uns

Die Flüchtlingspolitik der Ampelparteien und der CDU finde ich völlig verfehlt. Abschotten, abschieben, verschärfen: Man läuft den Positionen der AfD nach und bestätigt sie dadurch, statt positiv etwas zu verbessern.

Seit langem klagt man in Pflege, Handwerk, Gastronomie, in fast allen Bereichen über Arbeitskräftemangel; Deutschland brauche 400 000 Zuwanderer pro Jahr. Wirtschaftsverbände warnen vor der AfD, weil sie Investitionen verhindert, bei denen Arbeitskräfte gebraucht würden. Nun kommen junge Menschen, aber sie werden abgewehrt – angeblich wegen Problemen. Wieso Probleme? Es geht um Aufgaben! Die jungen Menschen müssen integriert werden – durch Sprachkurse und Ausbildung. Man muss in sie investieren! Das bringt zwar keine kurzfristige Rendite, würde sich aber lohnen. Menschlicher wäre es ohnehin.

Die Sendung Panorama berichtete, dass in manchen Städten unbegleitete minderjährige Flüchtlinge von Mitarbeitern des Jugendamtes betreut werden, die aber wegen der großen Zahl überfordert sind. Einzelne Jugendliche, sich selbst überlassen, werden dann straffällig oder gar Opfer von Islamisten und radikalisiert. In Aachen bekommen unbegleitete minderjährige Flüchtlinge einen ehrenamtlichen Vormund. Viele finden so persönliche Kontakte, kommen in einen Sportverein oder eine Musikband. Solchen jungen Menschen braucht man keine Messer zu verbieten!

Aufnehmen, integrieren, ausbilden, investieren sind die bessere und wirksame Alternative statt abschotten, abschieben und Gesetze verschärfen.

Herbert Kaefer, Schleiden-Gemünd

### Differenzierung ist nichts für die AfD

Dass die „etablierten Parteien“ sich verbissen am von der AfD favorisierten Thema „Migration“ abarbeiten, spielt in der Tat der

AfD in die Hände. Insbesondere fehlt dieser „Debatte“ völlig die notwendige Differenzierung. Wer sind denn diese Migranten, um die es geht? Da sind Arbeitsmigranten, ohne die z.B. hier nicht viel geht. Politische Amtsträger sind schon weit gereist, um mehr von ihnen anzuwerben. Ferner sind unter den Migranten Flüchtlinge, Asylsuchende, Familien- und Bildungsmigranten. Außerdem gibt es Menschen, die sich hier überwiegend aus wirtschaftlichen oder sozialen Gründen aufhalten.

Nun ist Differenzierung die Sache der AfD nicht. Indem sie all diese Gruppen unter „Migration“ einordnet, fordert sie einen härteren Umgang mit allen von ihnen ein, als ob der nicht schon hart genug wäre. Über Unterbringungen in überfüllten Einrichtungen bei z.T. menschenunwürdigen Bedingungen wurde berichtet. Möglichst regelhaft soll an den Grenzen zurückgewiesen werden, und das Grundrecht auf Asyl sei auch mal eine Diskussion wert. Ganz abgesehen von „Remigration“. Entscheidend ist allein ein völkisch-nationalistisches Weltbild.

Indem die „etablierten Parteien“, allen voran die „christliche“ Union, sich auf diese Art von „Migrationsdebatte“ einlassen und immer wieder „Verschärfungen“ einführen wollen, gehen sie der AfD auf den Leim. Was fragt sich denn der geneigte Wutbürger da als erstes? „Ach, das Problem ist seit Jahren bekannt? Es geht noch eine Nummer schärfer? Wieso ist das nicht längst passiert?“ Und wählen natürlich das Original AfD und nicht die in ihren Augen schläfrige Kopie.

Hallo Union! Schon vor der vielgescholtenen „Ampel“, die ja an allem Schuld haben soll, hatte die AfD in Brandenburg über 23 Prozent! Es hat schon damals nicht geklappt, die AfD rechts überholen zu wollen! Angesichts der aktuellen Entwicklung sind die Zeiten von z.B. F.J. Strauß vorbei, der seinerzeit forderte: „Rechts von der CSU darf es keinen Platz geben“. Notwendig ist, dass demokratische Parteien gegen die Faschisten zusammen-

stehen. Unzeitgemäße Provokationen sind dabei übrigens genauso das Gegenteil von hilfreich wie irgendwelche Unvereinbarkeitsbeschlüsse aus einer Zeit, die definitiv vorbei ist.

Rainer Stockmann, Dreieich

### Was sollen mehr Abschiebungen helfen?

In Solingen war ein furchtbarer Mord geschehen. Da hat jemand mit seinem Messer zugestochen und wahllos Menschen umgebracht. Schrecklich und verabscheuungswürdig.

In diesen Tagen stand ich selbst in einer Menschenmenge und spürte, wie ein/e Taschendieb/in nach meinen Taschen griff. (Außer zwei Hundekotbeuteln erbeutete er/sie nichts.) Genauso hätte er/sie aber ein Messer in der Hand haben können. In solchen Situationen ist man ausgeliefert. Da wünscht man sich, jemand hätte eine gute Idee, wie man solchen Tätern das Handwerk legen kann.

Die Regierungsparteien haben recht schnell reagiert und wollen z.B. schnellere Abschiebungen für Messerangreifer ermöglichen. Die Union findet das gut und möchte die Regelungen noch verschärfen. Doch da kam eine irritierende Meldung: 45 Prozent aller Verdächtigen mit Messerangriffen in Deutschland hätten keinen deutschen Pass. In der Tat eine sehr hohe Zahl. Aber selbst wenn man außer Acht lässt, dass nach aller Erfahrung der Prozentsatz ausländischer Verurteilter deutlich geringer ist als der der Verdächtigen, bleiben noch 55 Prozent deutsche Tatverdächtige bei Messerstechereien. Und da frage ich mich, was da eine verschärfte Abschiebepolitik helfen kann. Die Mehrheit der Verdächtigen ist ja überhaupt nicht betroffen. Die gute Idee haben unsere Regierungsparteien offensichtlich nicht gehabt. Und die größte Oppositionspartei genauso wenig. Stattdessen tun sie so, als hätten sie einen richtigen Weg eingeschlagen, der uns weiterbringt.

In der nächsten Menschenmenge werde ich nicht sicherer sein. Helmut Korth, Schotten-Rainrod



### BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

#### Schreiben Sie an:

Bronski  
Frankfurter Rundschau  
60266 Frankfurt am Main

#### Mailen Sie an:

Bronski@fr.de oder  
Forum@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zuschrift auch online unter [www.frblog.de](http://www.frblog.de) veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

### ZUSCHRIFTEN ONLINE

Alle Stimmen dieses Forums wurden online im FR-Blog veröffentlicht, der Fortsetzung des Print-Forums im Internet. Lesen Sie: [frblog.de/f20240924](http://frblog.de/f20240924)

### FR ERLEBEN

Claus-Jürgen Göpfert präsentiert sein Buch „Wer nicht hören will, wird bestreikt“ mit Jürgen Hinzer, dem früheren Bundesstreikbeauftragten der Gewerkschaft NGG.

**Sonntag, 29. September, 11 Uhr  
Naturfreundehaus, Am Poloplatz 15  
Frankfurt**

Stephan Hebel lädt wieder ein zu „Hebels aktueller Stunde“ zu politischen Themen.  
Livestream: [fr.de/hebelsstunde](http://fr.de/hebelsstunde)  
**Montag, 30. September, 19 Uhr  
Club Voltaire, Kleine Hochstraße 5  
Frankfurt**

Claus-Jürgen Göpfert moderiert die Podiumsdiskussion „Wird die Linke noch gebraucht?“ mit dem Soziologen Klaus Dörre (Uni Jena), Philipp Türmer (Juso-Vorsitzender) Berfe Budak (IG-Metall-Jugendsekretärin) und Michael Müller (Fraktionsvorsitzender der Linken im Frankfurter Römer).  
**Dienstag, 1. Oktober, 19 Uhr  
Haus am Dom, Domplatz 3, Frankfurt**

Andreas Schwarzkopf moderiert die Diskussion „Die USA haben gewählt“ mit Sarah Wagner (Atlantische Akademie Rheinland-Pfalz), Rainer Rudolph (Münchener Sicherheitskonferenz) und Thomas Zittel (Goethe-Uni).  
**Mittwoch, 6. November, 19 Uhr  
Evangelische Akademie  
Römerberg 9, Frankfurt**

## Mehr positive Nachrichten

Erwiderung auf „Ampel ist besser als ihr Ruf“, FR-Forum vom 21. September

Mit sehr großer Zustimmung und großer Erleichterung habe ich am Samstagmorgen den Leserbrief zur Berichterstattung über die Ampel-Regierung von Frau Doris Müller-Fisher gelesen. Ich bin ebenfalls davon überzeugt, dass ein Großteil der Medien einen erheblichen Einfluss auf das negative Image dieser Regierung haben. (Übrigens auch der AfD zu viel Raum gegeben haben.) Diese Regierung macht nicht alles richtig. Wer kann das von sich behaupten? Allerdings sind gerade die Grünen in ihrer Offenheit zum Eingeständnis von Fehlern zu loben. Das kann ich mir weder bei Merz, Söder und geschweige denn von den rechtsgerichteten, rückwärtsgewandten Demokratieverächtern vorstellen. Auch ich bin der Meinung, dass die FDP mit ihrer Klientel-Politik, die meisten politischen Entscheidungen gegen die Bürgerinnen und Bürger blockiert. Sogar der ADAC befürwortet das Tempolimit.

Auch ich wünsche mir, dass mehr Erfolge und überhaupt positive Nachrichten auch auf der Titelseite Einzug erhalten. Das Auflisten und Bestätigen von nicht umgesetzten Vorhaben bzw. der nachvollziehbaren Schwierigen und problematischen Kompromissfindung zementiert die Unzufriedenheit in diesem Land und befeuert jene Kräfte, die nach einer starken Führung trachten.

Kerstin Merten-Stamm, Neu-Anspach

## Machen Sie so weiter!

Erwiderung auf „Die SPD und der zweite Asylkompromiss“, Forum v. 18.9.

Herr Kirsch, Sie haben es mal wieder auf den Punkt gebracht. Obwohl ich inzwischen in Niedersachsen lebe, lese ich weiterhin die FR und ab und zu auch mal die Leserbriefe. Ich hatte bis vor gut einem Jahr einen Ehemann, der mehr als 50 Jahre SPDler war, der wie Sie auch vieles kritisiert hat und offen seine Meinung vertreten hat, was mir inzwischen fehlt. Ich wollte Sie heute einfach bitten, machen Sie weiter so. Danke!

Ingrid Kellermann, Fintel

### SORRY

In unserem Artikel „Was ist ein guter Mensch?“ über den Stahlmagnaten und Philanthropen Andrew Carnegie (20.9., S.26) hatten wir ein Komma zu wenig. Die Zahl der Kinder, die in den USA des Jahres 1901 in Fabriken beschäftigt waren, betrug schwerlich 1375 Millionen. Die USA zählten in ihrer Gesamtheit damals „nur“ rund 77 Millionen Köpfe. Richtig ist: 1,375 Millionen Kinder arbeiteten in Fabriken.

## Es ist noch lange nichts entschieden

US-Wahlkampf: „Kopf-an-Kopf-Rennen mit Trump“, FR-Politik vom 17. September

### Das Ausland wählt bei der Präsidentschaftswahl mit

Über die sogenannten Swing States wie Pennsylvania hinaus gibt es noch eine Wählergruppe, die über den Ausgang der US-Präsidentschaftswahl entscheiden könnte: die rund neun Millionen US-Amerikaner (6,5 Millionen wahlberechtigt), die im Ausland leben. Viele jener Wähler sind etwa durch ihre Erfahrungen im Ausland weniger bereit, sich der Einstellung „America first“ anzuschließen. „Democrats Abroad“, die offizielle Auslandsorganisation der US-amerikanischen Demokratischen Partei, schätzt, dass mehr

als 75 Prozent aller Stimmen aus dem Ausland zum liberalen Votum neigen.

Jeffrey Myers, Frankfurt

### Harris bleibt in vielem absichtlich unklar

Ob die demokratische US-Präsidentschaftskandidatin Kamala Harris bei der Wahl im November über ihren republikanischen Kontrahenten Donald Trump obsiegt, steht dahin. Eine ganze Reihe von unsicheren Faktoren dürfte eine wahlentscheidende Bedeutung haben. Zum einen wissen viele Amerikaner noch nicht, wie man Harris einschätzen soll. Ein konkretes Regie-

rungsprogramm scheint bei ihr noch nicht in Sicht. Der von ihr propagierte „Weg nach vorn“ dürfte noch nicht deutlich genug erkennbar sein. Sie bleibt bewusst unbestimmt, um möglichst wenig Angriffsfläche zu bieten. Sie engagiert sich gleichsam für vieles, ja für alles.

Insgesamt gesehen kämpft Harris naturgemäß großflächig gegen ihren Gegner Trump und lehnt sich in deutlicher Kontinuität an Amtsinhaber Biden an. In jedem Fall bleibt der US-amerikanische Wahlkampf spannend, zumal Kandidat Donald Trump mit absolut harten Bandagen kämpfen dürfte.

Rüdiger von Neubeck, Würzburg